

# Frankfurter Allgemeine Archiv

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.08.2018, Nr. 176, S. 8

Fremde Federn: Lars Brozus

## Trumps Stil wirkt langfristig

Quer durch die westliche Welt wird darüber gerätselt, was den amerikanischen Präsidenten dazu treibt, die etablierten Bündnisse in Frage zu stellen. Versucht Trump, sie zu zerstören, um die Handlungsfreiheit der Vereinigten Staaten zu erhöhen? Oder will er die prägenden Institutionen des Westens aufrütteln und fit machen für den strategischen Wettbewerb mit China und Russland? Beide Vermutungen lassen sich durch präsidentielle Äußerungen untermauern. So sprach Trump 2017 von der chinesischen und russischen Herausforderung, während seine Statements im Umfeld der diesjährigen Gipfeltreffen eher Zerstörungswillen offenbarten. Dementsprechend orientierungslos pendelt die außenpolitische Debatte. Ein Blick auf den amerikanischen Wählermarkt könnte helfen, klarer zu sehen. Denn die Antwort auf die Frage, was Trump bezweckt, hat mehr mit innenpolitischen Entwicklungen zu tun und weniger mit internationaler Politik.

Normalerweise folgen die politischen Angebote (policies) der Parteien den Interessen ihrer Wählerschaft. Dieser Grundsatz gilt für die Vereinigten Staaten nur noch eingeschränkt. Ursache dafür ist der präzedenzlos hohe Polarisierungs- und Ideologisierungsgrad der Gesellschaft. Ein großer Teil der Wählerschaft ist hinsichtlich der Wahlentscheidung eindeutig auf Demokraten oder Republikaner festgelegt. Das gilt vor allem für Schwarze (pro Demokraten) und gut ausgebildete Weiße (pro Republikaner oder pro Demokraten). Die Stammwähler beider Parteien verfügen über weitgehend geschlossene Weltbilder und sind in erster Linie daran interessiert, sich zu einer "politischen Heimat" zu bekennen, die einen wichtigen Teil ihrer gesellschaftlichen Identität ausmacht. Die von ihrer Partei konkret vertretenen "policies" sind demgegenüber weniger relevant - selbst dann, wenn ökonomische Nachteile drohen.

Die Identifikation mit einer Partei überlagert sogar die klassischen sozialen, kulturellen und ethnischen Konfliktlinien. Entsprechend können beide Parteien auf die Loyalität ihrer Stammwähler bauen, die auch dann für sie stimmen, wenn die Kandidaten Positionen beziehen, die von der Parteiprogrammatik abweichen. Die Präsidentschaftswahl 2016 verdeutlicht dies: Obgleich Trump mit seinen Positionen etwa bei Handel, Migration oder Außenpolitik gegen die Parteilinie verstieß und dafür von der Parteiführung kritisiert wurde, konnte er die Stammwähler für sich mobilisieren. Trotz seiner vergleichsweise liberalen Ansichten und einer entsprechenden Lebensführung gewann er sogar einen größeren Anteil der erzkonservativen Evangelikalen für sich. Die sogenannte "expressive Parteinahme" ist für die Wahlentscheidung wichtiger als rationales Interesseskalkül.

Da die Stimmabgabe die Zugehörigkeit zu einem "politischen Stamm" ausdrückt, besteht eine hohe Motivation, zur Wahl zu gehen. Zudem gibt es kaum Austausch zwischen den Blöcken. Ins Zentrum rücken somit die Wechselwähler. Der Wettbewerb konzentriert sich zunehmend auf sie. Hier spielen "policies" nach wie vor eine Rolle. Daher sind die inzwischen vorliegenden Analysen der Wahlen von 2016, die zeigen, dass die Zahl der Wechselwähler höher ausfällt, als die unmittelbar nach den Wahlen erhobenen "exit polls" feststellten, für die im November anstehenden Wahlen äußerst relevant.

Wer aber sind die Wechselwähler, und was wollen sie? Es dominieren schlecht ausgebildete und/oder schlecht verdienende Weiße, unter denen illiberale Dispositionen wie nationalistische und autoritäre Einstellungen überdurchschnittlich ausgeprägt sind. Weit verbreitet ist Unbehagen angesichts des sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandels, die Sorge um eine Verschlechterung der persönlichen und familiären wirtschaftlichen Situation sowie die Angst vor sozialem und kulturellem Statusverlust. Mit Blick auf Wirtschafts- und Immigrationspolitik präferiert diese Gruppe mehr Protektionismus (Handel) und Abschottung (Zuwanderung). Sie steht der Förderung von Minderheiten skeptisch gegenüber und bevorzugt ein militärisch starkes Amerika, das Respekt in der Welt genießt, ohne sich in jeden Konflikt einzumischen.

Je statischer der Wählermarkt ist, desto wichtiger wird es, die Wechselwähler für sich zu gewinnen. Besonders hoch ist dabei der Druck auf die Republikaner. Denn ihre Anhängerschaft befindet sich unter den parteipolitisch festgelegten Wählerinnen und Wählern in der Minderheit. Bei den letzten sieben Präsidentschaftswahlen erreichte der republikanische Kandidat nur einmal die Stimmenmehrheit auf Bundesebene (George W. Bush 2004). Angesichts des demographischen und kulturellen Wandels könnte der strukturelle Vorsprung der Demokraten wachsen.

Für die Republikaner heißt das, dass mit Blick auf ihre Programmatik, aber auch auf die Kandidatenaufstellung, die Ausrichtung an den Interessen und Werten der vergleichsweise schlecht ausgebildeten und/oder schlecht verdienenden Weißen vorgezeichnet ist, die unter den Wechselwählern überdurchschnittlich stark vertreten sind. Da die Republikaner kaum Rücksicht auf ihre Stammwähler nehmen müssen, könnten sie den Wechselwählern politische Angebote machen, die genau auf deren Präferenzen zielen - auch wenn diese von der Parteiprogrammatik abweichen.

Exakt das betreibt Trump. Die republikanische Parteiführung mag weder seine Positionen noch die von ihm unterstützten Kandidatinnen und Kandidaten und erst recht nicht seinen Stil schätzen. Sie hat aber keine erfolgversprechende alternative Strategie, um politische Macht auf Bundesebene zu gewinnen. Solange der amerikanische Wählermarkt weitgehend eingefroren ist, spricht vieles dafür, dass auch nach Trump die von ihm gesetzten Maßstäbe weiterhin beachtet werden. Möglich erscheinen Anpassungen mit Blick auf die Auswahl von

Kandidatinnen und Kandidaten sowie den politischen und persönlichen Stil - was nicht geringgeschätzt werden sollte. Aber in der Sache werden die Republikaner der Verlockung womöglich nicht widerstehen können, die Stimmenmaximierungsstrategie des aktuellen Präsidenten fortzuführen.

Der Autor ist Wissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft & Politik Berlin

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)